

Politischer Frühschoppen mit Ute Kumpf zur Bürgerbeteiligung

„Demokratie wagen!“ Dieser von Willy Brandt geprägte Aufruf charakterisiere, so Ute Kumpf, Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, die Grundidee bürgerschaftlichen Engagements. Dieses Thema stand im Mittelpunkt eines politischen Frühschoppens im Wallstadter Gasthaus „Pflug“. Eingeladen hatte die SPD Wallstadt gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Lothar Mark und weiteren Ortsvereinen.

Unter den zahlreichen Besuchern der Veranstaltung konnte die Ortsvereinsvorsitzende Dr. Claudia Schöning-Kalender auch den Landtagsabgeordneten Dr. Frank Mentrup und Stadtrat Ulrich Schäfer sowie VertreterInnen der AWO und anderer SPD-Ortsvereine begrüßen.

Im Anschluss an seinen knappen Überblick über derzeit aktuelle und auch strittige Themen in der Bundespolitik überlies Lothar Mark der Gastrednerin dieses Sonntagvormittags das Wort. Ute Kumpf, auch Sprecherin der AG „Bürgerschaftliches Engagement“ der SPD-Fraktion im Bundestag, machte an zahlreichen Beispielen deutlich, welche Bedeutung bürgerschaftliches Engagement nicht nur gesellschaftspolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich hat. Dabei betonte sie nachdrücklich, dass Ehrenamt kein Ersatz für bezahlte Arbeitsplätze sein dürfe. Zwar wären in der Tat viele Bereiche des ehrenamtlichen Engagements, zum Beispiel in den Sportvereinen oder in der Hospizarbeit, als hauptamtliche Tätigkeit nicht finanzierbar, doch sei es umso wichtiger, dass das Ehrenamt qualifizierte bezahlte

Unterstützung und vor allem auch Wertschätzung erfahre.

Das neue Gemeinnützigkeitsrecht biete mit einer Erhöhung der Übungsleiterpauschalen und der Bemessungsgrenze für steuerfreie Einkünfte von Vereinen, mit der Einführung der Möglichkeit einer „Zeitspende“ und der Änderung des Stiftungsrechts eine deutlich verbesserte Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements.

In der anschließenden Diskussion wies Frank Mentrup noch einmal nachdrücklich darauf hin, dass das freiwillige Engagement, zum Beispiel in konkreten Projekten im Stadtteil, nicht zuletzt gesellschaftliche Teilhabe und aktive politische Mitwirkung bedeute und damit für eine demokratische Gesellschaft unabdingbar sei.

csk